

Eltern lehnen G8 weiterhin deutlich ab

Längere Gymnasialzeit gewünscht – Große Probleme durch Corona

Von Roland Muschel, RNZ Stuttgart

Stuttgart. Die baden-württembergische Elternschaft spricht sich mit einer überwältigenden Mehrheit von 91 Prozent für ein Ende des achtjährigen Wegs zum Abitur (G8) als Regelfall aus. Das geht aus einer repräsentativen, online durchgeführten Forsa-Umfrage im Auftrag des Philologenverbands Baden-Württemberg hervor. Danach befürworten nur sechs



91 Prozent der befragten Eltern wollen G8 nicht mehr als Regelfall. Foto: dpa

Prozent der befragten Eltern eine Fortführung des Status quo. Dagegen fordern 62 Prozent eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium (G9) als Regelfall. 29 Prozent sind für eine Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9. Was die Akzeptanz bei den Eltern angehe, sei G8 „gescheitert“, sagte der Landesvorsitzende des Philologenverbands, Ralf Scholl, bei der Vorstellung der Studie. „Es war ein Fehler, das allen überzustülpen“, sekundierte Landesvize Karin Fetzner.

Seit 2011 ist in Baden-Württemberg pro Stadt- und Landkreis nur noch je eine G9-„Modellschule“ zugelassen. Der Regelfall ist seither, dass die Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Gymnasien ihr Abitur nach der 12. Klasse machen. Dies entspricht acht Schuljahren am Gymnasium und wird daher G8 genannt. Baden-Württemberg zählt neben dem Saarland und dem Stadtstaat Bremen zur Minderheit der westdeut-

schen Länder, die weiter am achtjährigen Gymnasium festhalten.

Scholl glaubt trotz des Elternvotums und des länderübergreifenden Trends nicht, dass auch die Landesregierung in Stuttgart die Rückkehr zum G9 anstreben wird: „Solange die Grünen an der Regierung sind, kommt das nicht.“ Derer Bildungspolitiker hätten ihm schon vor Jahren zu verstehen gegeben, dass aus ihrer Sicht das G9 der „natürliche Feind“ der von den Grünen eingeführten und hochgehaltenen Gemeinschaftsschule sei. Er gebe sich daher keinen Illusionen hin.

Dabei, so Scholl, könnte ein schrittweises Rollback sogar erstmal Stellen sparen. Seine Rechnung: Man beginnt mit den fünften Klassen, die dann weniger Unterricht hätten als beim G8 – ergo weniger Lehrer benötigten. Der „dicke Hammer“ komme dann nach sechs Jahren, wenn Deputate für die dann neue Klasse 13 geschaffen werden müssten – bis dahin aber könne man aber gezielt die Kapazitäten für die Lehrerausbildung hochfahren.

Ein weiteres Ergebnis der Umfrage: Die Corona-Pandemie hat aus Sicht der Eltern zu großen Beeinträchtigungen an den Schulen geführt. Danach sehen 66 Prozent die Lernerfolge ihrer Kinder beeinträchtigt. Für Schüler der Klassen 7 bis 10, die länger als andere Fernunterricht hatten, fallen die Werte mit 68 Prozent noch schlechter aus. „Je länger die Schließung andauerte, desto mehr haben sich Probleme bemerkbar gemacht“, sagte Fetzner.

„Windstille“ herrsche dagegen bei dem seit den Herbstferien 2021 angebotenen „Rückenwind“-Programm, das Schülern helfen soll, coronabedingte Defizite auszugleichen. In der Umfrage geben 93 Prozent der Eltern an, dass ihre Kinder an keiner schulischen Fördermaßnahme teilnehmen, an Grundschulen sind es sogar 98 Prozent. Aber nur knapp die Hälfte der Eltern findet auch, dass ihr Nachwuchs tatsächlich keine zusätzliche Förderung benötigt.